

# Deutscher Exportüberschuss sorgt für Unmut

Weil in den anderen EU-Ländern die Geldbörsen von Firmen und Haushalten lockerer sitzen, haben die Deutschen im Vorjahr wieder einen Rekord beim Exportüberschuss eingefahren. Das dürfte dem Land noch mehr Kritik einbringen, aus Europa und den USA.

**Wien** – Nur wenige Tage nach der scharfen Kritik der Trump-Regierung am deutschen Wirtschaftsmodell legt die größte europäische Volkswirtschaft wieder eine Rekordbilanz vor. Der Exportüberschuss Deutschlands, seit längerem der größte der Welt, ist im Vorjahr wieder um fast zehn Milliarden Euro angewachsen. Das sind 1,2 Prozent. Der Spalt zwischen Exporten und Importen betrug knapp 253 Milliarden Euro.

„Der abermalige Rekord ist ein Zeichen dafür, dass Deutschland von der wirtschaftlichen Globalisierung profitiert“, sagte Christian Dreger, der Direktor der Abteilung für Internationale Ökonomie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), im Gespräch mit dem STANDARD. Der Kritik, die der Trump-Berater Peter Navarro vor kurzem tätigte, kann Dreger nichts abgewinnen. Navarro hatte der *Financial Times* gesagt, Deutschland nutze den viel zu billigen Euro dafür, um seine Exporte aufzublähen.

„Die deutschen Exporte sind auch gestiegen, als der Euro noch viel teurer war“, sagte der Ökonom. Deutschland exportiere sehr viele Investitionsgüter, also etwa Maschinen oder Kräne. Weil deutsche Güter rund um den Globus wegen ihrer guten Qualität gefragt sind, seien Preisschwankungen nicht so wichtig. „Deutschland steht mit seinem Exportportfolio international einfach sehr gut da“, so der Handelsexperte.

## In Türkei, Indien und Brasilien steigt Risiko von Zahlungsausfällen

**Wien** – In Indien und Brasilien hat die Zahlungsmoral Ende des Vorjahres stark gelitten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Einstufung der Exportmärkte Österreichs von der OeKB Versicherung. Während offenbar die Bargeldreform Indien zum zweitgrößten Risiko gemacht habe, führt Vorstand Karolina Offterdinger den Anstieg im größten Land Südamerikas auf die Rezession zurück: „Trotz durchaus positiver Aussichten lassen brasilianische Abnehmer unsere Versicherungsnehmer immer häufiger auf ihr Geld warten.“

Das größte Risiko sieht sie jedoch in der Türkei, einem wichtigen Markt für österreichische Exporteure: „Die Verzögerungen steigen bei unseren Versicherungsnehmern etwas stärker als ihre Umsätze“, sagt Offterdinger. „Insgesamt werden unsere Erfahrungen mit offenen Forderungen türkischer Abnehmer tendenziell schlechter.“ Als Ursachen werden schwerfällige Bürokratie, hohe Importabhängigkeit der Industrie und der Kursverfall der Lira angeführt.

„Wenn unsere Versicherungsnehmer steigende Verzögerungen melden, dann ist das für uns ein wichtiger Indikator für die zukünftige Entwicklung eines Landes“, sagt Offterdinger. In diesen Ländern würden erfahrungsgemäß die Schäden steigen, da in drei Viertel der Fälle ein Verzug deren Vorläufer sei. Das lasse sich etwa am Beispiel der USA darlegen, wo sich zwar die Zahlungsmoral verbessert habe, die Anzahl der Schadenfälle aber angestiegen sei. Für Offterdinger kommt dies wenig überraschend: „Sie sind eine direkte Auswirkung der hohen Verzögerungen vom Vorquartal.“ (aha)

Dreger kann aber Teile der Kritik verstehen, denn die Importe Deutschlands, die viel schwächer wachsen als die Exporte, würden der Weltwirtschaft Schwierigkeiten bereiten. Er sieht dafür vor allem die Investitionsschwäche des Landes verantwortlich. Unternehmen würden vor allem in Bereichen investieren, in denen man Güter im Ausland absetzen kann.

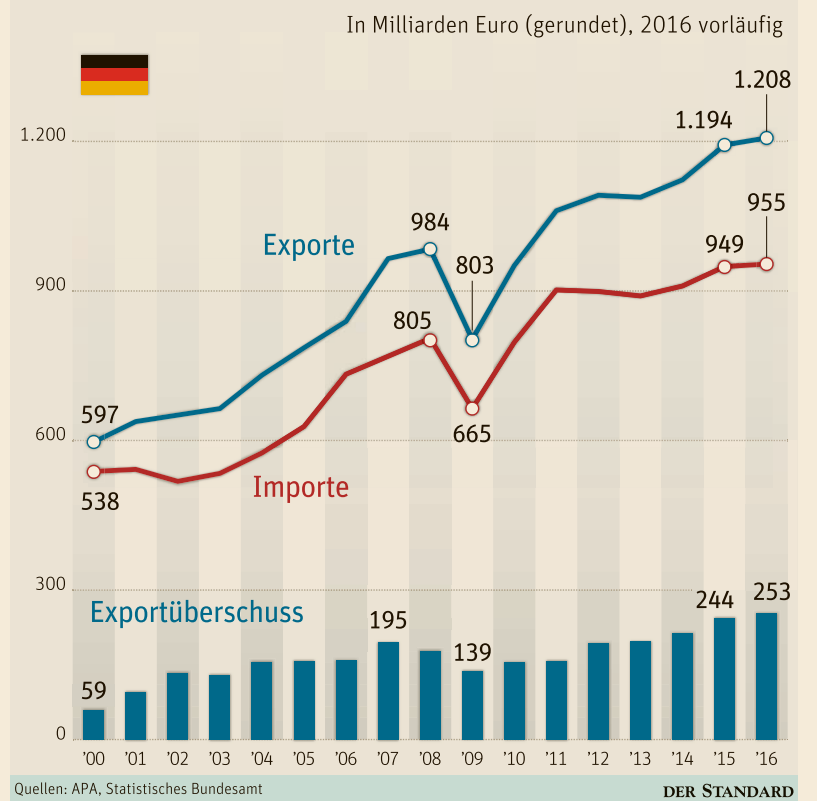
Das könnte sich aber bald ändern, denn der deutsche Konsum läuft eigentlich recht gut. Im Vorjahr ist er um zwei Prozent gewachsen. Heuer soll er weiterwachsen, aber etwas schwächer, nämlich um 1,5 Prozent, so eine Konsumprognose des Marktforschungsinstituts GfK. Die Verbraucher seien zwar weiter in Konsumlaune; in manchen Bereichen wie bei Textilien und bei der Unterhaltungselektronik zeichne

sich inzwischen aber eine Marktsättigung ab, betonte der GfK-Handelsexperte Wolfgang Adlwarth bei der Vorstellung der Konsumprognose. „Wir haben bereits seit sechs bis sieben Jahren ein gutes Konsumklima in Deutschland. Da haben sich viele Anschaffungen erledigt“, so Adlwarth. Auch dürfte die steigende Inflation die Konsumlust mancher dämpfen.

## Österreicher zuversichtlicher

Hierzulande steigt die Konsumlaune. „Nach länger anhaltender Skepsis gegenüber den wirtschaftlichen Potenzialen kehrt Zuversicht ein“, kommentiert Paul Unterhuber von GfK Österreich die Ergebnisse. Die Österreicher erwarten eine deutliche Verbesserung der Konjunktur. Im Vorjahr ist die heimische Volkswirtschaft wieder um 1,5 Prozent gewachsen. Die Erwartungen bremste zuletzt aber der Internationale Währungsfonds (IWF). In seinem Länderbericht für Österreich sagte er dem Land langfristig niedrige Wachstumsraten von nur einem Prozent voraus. Die Produktivität entwickle sich schwach. (sat)

## Deutschlands Außenhandel auf Rekordhoch



## Grüne Pläne für den Kahlschlag: Drei aus 45

Reduktion der 45 Sozialversicherungsträger auf je eine Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung

**Wien** – 36 Kranken-, fünf Pensions- und vier Unfallversicherungen gibt es in Österreich. „Aus 45 mach 3“, fordern nun die Grünen. In Zukunft solle für die drei Versicherungsarten nur noch jeweils ein Träger übrig bleiben. Bei den Krankenkassen sei eine Reduktion von 36 auf eine einzige bis 2021 möglich, wenn man es nur wolle, sagte Sozialsprecherin Judith Schwentner am Donnerstag bei einer Pressekonferenz. Bei der Pensionsversicherung könne die Zusammenlegung auf eine Anstalt bis 2024 durchgezogen werden.

Ziel des Vorstoßes: Alle Versicherten sollten in Zukunft dieselben Beiträge zahlen müssen und dafür Zugang zu denselben Leistungen haben. Auch Einsparungseffekte in Höhe von geschätzten 70 Millionen Euro jährlich erwarten die Grünen von einer Zusammenlegung. Diese sollten jedoch innerhalb des Systems umgeschichtet und etwa zur Finanzierung von Therapien herangezogen werden.

Geht es nach Schwentner, sollten die Versicherungsleistungen unabhängig von Faktoren wie dem Wohnort gelten. Auch Unterschiede zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen sollten aufgehoben werden. Bei den Pensionsversicherungen würden im Zuge einer Vereinheitlichung beispielsweise Beitragssätze und Höchstbeitragsgrundlagen angeglichen werden, bei Gesundheitsleistungen geht es unter anderem um Therapiemaßnahmen.

Viele Versicherte würden sich im jetzigen Beitrags- und Leistungssystem nicht mehr auskennen, so Schwentner. Ein Problem seien vor allem Mehrfachversicherungen. Das betrifft Personen, die mehrere versicherungspflichtige Tätigkeiten ausüben, zum Beispiel Nebenerwerbslandwirte. Als Beispiel nannte sie einen Fall, in dem ein Mann zweimal kranken-, dreimal unfall- und dreimal pensionsversichert sei.

Obwohl auch SPÖ und ÖVP wüßten, dass Reformen notwendig seien, herrsche in der Regierung eine Dauerblockade, so Schwentner. Im Sozialausschuss des Nationalrats sollen kommende Woche entsprechende Anträge der Grünen debattiert werden.

Rückenwind erhoffen sie sich durch Ergebnisse einer von Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) in

Auftrag gegebenen Effizienzstudie, die Mitte des Jahres vorliegen soll. Darauf verweist auch ein Sprecher des Sozialministeriums. Das Ziel einheitlicher Leistungsniveaus teile man. Es sei nicht einzusehen, wieso unterschiedliche Beiträge etwa aufgrund der Postleitzahl zu zahlen sind.

Im neuen Regierungsprogramm findet sich zum Thema Sozialver-

sicherungsträger nur eine Maßnahme. Sie betrifft die Mehrfachversicherungen. Wird bei Einzahlung in mehrere Kassen die Höchstbeitragsgrundlage (derzeit 166 Euro pro Tag oder 4980 Euro pro Monat) überschritten, soll der Differenzbetrag in Zukunft automatisch rückerstattet werden. Das betrifft allerdings nur Besserverdiener.

Für die Gesundheitsökonomin Maria Hofmarcher von der MedUni Wien wäre eine Kürzung auf nur eine Krankenkasse sehr radikal: „Es muss immer um eine möglichst gute Versorgung für alle gehen und nicht in erster Linie um die Form.“ Sinnvolle Anpassungsmöglichkeiten gebe es mehrere, etwa eine Zusammenlegung auf neun regionale Kassen. (smo)



Foto: APA / Helmut Fohringer

Unterschiedliche Leistungen je nach Sozialversicherungsträger seien unfair, das System sei zudem unübersichtlich, kritisieren die Grünen.

## Kontroverse um Boom bei Minijobs

345.632 Personen in Österreich waren 2016 geringfügig beschäftigt

**Wien** – Die Zahl der geringfügigen Jobs ist in Österreich seit dem Jahr 2000 von 196.772 um 75 Prozent auf 345.632 im Jahr 2016 gestiegen. In diesem Zeitraum stieg die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten um 16 Prozent.

Für Helmut Hofer, Ökonom am Institut für Höhere Studien, gibt es verschiedene Gründe für den Boom bei Minijobs mit einer geringeren Monatsgage als 426 Euro. Er sieht die Entwicklung generell nicht als problematisch an. Für junge Mütter, Arbeitslose, Studenten oder Pensionisten sei eine geringfügige Stelle ein interessanter Zuverdienst, ist Hofer überzeugt.

Nehmen Arbeitslose einen solchen Minijob bis zur Geringfügigkeitsgrenze an, wird das Ar-

beitslosengeld nicht gekürzt. Jeder geringfügig Beschäftigte ist unfallversichert, aber nicht kranken-, pensions- und arbeitslosensichert. Mehr als 60 Prozent der Jobs entfallen auf Frauen.

### Falle statt Sprungbrett

Problematisch ist für Hofer eine geringfügige Beschäftigung dann, wenn sie nicht freiwillig erfolgt und gleichzeitig mehrere geringfügige Jobs erledigt werden. Dann könne aus dem Sprungbrett in den Arbeitsmarkt eine Falle werden.

Geringfügig Beschäftigte müssten sich darüber im Klaren sein, dass sie keine Pensionszeiten sammeln. Sie können sich aber für 60 Euro im Monat in Pensions- und Krankenversicherung selbst

versichern. Dann haben sie Anspruch auf Krankengeld und Wochengeld. Wie viele Betriebe geringfügig Beschäftigte einstellen, um Sozialversicherungspflichten zu umgehen, lässt sich laut dem Ökonomen schwer abschätzen.

Gewerkschafter Karl Dürtscher von der GPA ortet sehr wohl Missbrauch. Bei Verdacht werde die Krankenkasse eingeschaltet. Den Wildwuchs bei freien Dienstnehmern, etwa in Erwachsenenbildung, Callcentern und Medien, habe man eindämmen können. Die Zahl der freien Dienstverträge ging nach einem Hoch von 27.372 im Jahr 2006 auf 15.818 zurück. Zugenommen haben allerdings atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit. (APA)